

An den Vorsitzenden des  
Finanzausschuss des Deutschen Bundestages  
Herrn Eduard Oswald, MdB  
Platz der Republik 1  
**11011 Berlin**

Berlin, 21.06.2006

## **Steueränderungsgesetz 2007 Übergabe von 100.000 Protestnoten**

Sehr geehrter Herr Oswald,

wir übergeben am heutigen Tag 100.000 Protestnoten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richten sich mit ihren Unterschriften gegen Einschränkungen beim Abzug beruflicher Kosten.

Arbeitnehmer bezahlen doppelt. Neben ständig steigenden Kosten erhöht sich die Steuerbelastung durch Gesetzesänderungen. Das betrifft in besonderem Maße den Abzug von Fahrtkosten zur Arbeit. Die Folge ist, dass sich legale Arbeit oft nicht mehr lohnt.

Streichungen und Kürzungen beim Werbungskostenabzug sind Steuererhöhungen für Arbeitnehmer und sozial ungerecht. Sie sind kein Subventionsabbau, weil sie keine Steuervergünstigungen betreffen, sondern notwendige berufliche Aufwendungen. Sie führen zu Steuererhöhungen auch für Eltern, weil sie sich auch beim Kindergeld und Ausbildungsfreibetrag auswirken.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fordern mit ihren Unterschriften eine Anpassung der Entfernungspauschale an die stark gestiegenen Kosten statt Streichungen. Sie fordern Förderung von Flexibilität und Mobilität. **Statt Einschränkungen beim Werbungskostenabzug muss ein Abbau tatsächlicher Subventionen und Steuervorteile, hinter denen kein tatsächlicher beruflicher oder familiärer Aufwand steht, erfolgen!**

Der Neue Verband der Lohnsteuerhilfvereine e.V. (NVL) schließt sich diesen Forderungen an und übergibt in Vertretung der in den angeschlossenen Lohnsteuerhilfvereinen organisierten Mitglieder die Unterschriften. Wir fordern den Gesetzgeber auf, die mit dem Steueränderungsgesetz 2007 vorgesehenen Einschränkungen beim Abzug von Werbungskosten, insbesondere die Einführung des Werkstorprinzips und die Kürzung der Entfernungspauschale zu korrigieren. Zu Alternativen für Einsparungen und zum Subventionsabbau verweisen wir auf unsere schriftliche Stellungnahme zum Steueränderungsgesetz anlässlich der Anhörung vom 1. Juni und auf die persönlichen Gespräche mit Ihnen und weiteren Mitgliedern des Finanzausschusses.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Strötzel  
Vorstandsvorsitzender



Uwe Rauhöft  
Geschäftsführer